

Guiton, Jean

Article — Digitized Version

Auswirkungen der wirtschafts- und währungspolitischen Lage Frankreichs auf die europäische Einigung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Guiton, Jean (1953) : Auswirkungen der wirtschafts- und währungspolitischen Lage Frankreichs auf die europäische Einigung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 12, pp. 748-752

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131824>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Auswirkungen der wirtschafts- und währungspolitischen Lage Frankreichs auf die europäische Einigung

Daß es im wohlverstandenen Interesse aller Staaten liegt, ihre wirtschafts- und währungspolitischen Zielsetzungen aufeinander abzustimmen, ist keine Binsenwahrheit, sondern eine späte Erkenntnis, die sich erst am Ende einer langen Reihe von Kriegen, Wirtschaftskrisen, politischen und sozialen Umwälzungen eingestellt hat. Auch heute hat sich diese Erkenntnis noch nicht ganz durchsetzen können. Organisationen wie die Weltbank, die OEEC., die Europäische Zahlungsunion und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bekunden zwar den Willen der jeweiligen Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit. Es hat sich aber noch in den letzten Jahren gezeigt, daß einzelne Staaten immer wieder der Versuchung erliegen, aus der internationalen Solidarität auszubrechen und ihre Wirtschafts- und Währungspolitik nach dem einseitigen Gesichtspunkt sofort greifbarer Vorteile auszurichten. Dabei verschließen sie sich wider besseres Wissen der Erfahrung, daß derartige Vorteile nur kurz befristet zu sein pflegen und sich zuletzt, da sie die Gesamtheit schädigen, auch zum Nachteil jener Staaten auswirken, die sie erstrebt hatten. Dem Ausbrechen aus der internationalen Solidarität liegt ein psychologisches Moment zugrunde. Je stärker ein Land ist oder angesichts seiner Vergangenheit heute noch zu sein meint, um so anfälliger erweist es sich für die trügerische Annahme, daß es auf die Belange der anderen keine Rücksicht zu nehmen brauche. Dieser Irrtum deutet darauf hin, daß die Vorstellung von der unberührten Souveränität des Staates eine objektive Beurteilung der Realverhältnisse der Gegenwart verhindert. Besonders charakteristisch ist für die unverminderte Wirksamkeit dieser anachronistischen Geisteshaltung, daß sie immer dann zum Durchbruch gelangt, wenn der Staat erhöhten Schwierigkeiten gegenübersteht.

So zeigen sich die USA., die — vielleicht zu Unrecht — eine Depression befürchten, nicht geneigt, das europäische Dollardefizit durch eine Herabsetzung ihrer Zolltarife zu beheben. Sie ziehen es vor, von Fall zu Fall Subventionen zu gewähren, obgleich sie einsehen müssen, daß dieses Verfahren für sie kostspieliger ist und weder wirtschaftlich noch politisch den gewünschten Zweck erreicht. Als Großbritannien und Frankreich die von ihnen bereits zugestandene Liberalisierung des Handels mit den OEEC.-Staaten rückgängig machten, wurde aber Frankreich in erster Linie von der Drosselung der britischen Einfuhr betroffen.

Formen internationaler Zusammenarbeit

Aus europäischer Sicht nimmt die internationale Zusammenarbeit drei Hauptformen an, je nachdem, ob sie im Rahmen der Weltorganisationen, auf der Ebene der OEEC. oder unter Zugrundelegung der Integra-

tionspläne erfolgt, die mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in das erste Stadium ihrer Verwirklichung getreten sind. Wenn wir von den Problemen der Weltwirtschaft absehen und uns auf Europa beschränken, müssen wir zuerst zwischen der OEEC. und der Gemeinschaft der Montanunion-Staaten unterscheiden. Die Aufgaben der OEEC. sind im viernten Jahresbericht dieser Organisation vom 13. Dezember 1952 folgendermaßen umrissen worden:

1. Durchführung der Verteidigungsprogramme;
2. Verbesserung des Lebensstandards der niedrigeren Einkommensklassen;
3. ausreichende Investitionen für wirklich produktive Zwecke (im Gegensatz zu der bisherigen Praxis der nationalen Subventionen an international nicht wettbewerbsfähige Unternehmen);
4. Wohnungsbau.

Damit hat die OEEC. zum Ausdruck bringen wollen, daß Europa sein Sozialprodukt in einem Umfang zu erhöhen habe, der dem europäischen Menschen trotz der Verteidigungsausgaben ein Dasein in Freiheit und Wohlstand ermöglicht. Die OEEC. arbeitet aber immer noch auf der Grundlage einer theoretisch unberührten Souveränität der europäischen Mitgliedstaaten. Sie richtet an die Mitgliedstaaten nur Empfehlungen, deren Befolgung sie nicht erzwingen kann. Die Montanunion hingegen hat den Prozeß der Integration bereits eingeleitet. Die Errichtung des gemeinsamen Marktes erfordert tiefgreifende Strukturänderungen der beteiligten Volkswirtschaften als eine einfache Liberalisierung des Außenhandels, die nur bis zu einem gewissen Grade die Einführung einer auf internationaler Ebene arbeitsteiligen Wirtschaft nach sich ziehen kann. Deshalb ist für die Montanunion die Bildung einer politischen Spitze unerlässlich, die über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik der Union in letzter Instanz entscheidet. Die Ausarbeitung einer Verfassung für die sechs Montanunion-Staaten ist in dieser Hinsicht von ebenso grundlegender Bedeutung wie für die Schaffung der Voraussetzungen zu einer gemeinsamen Außenpolitik und Strategie.

Über das speziellere Problem hinaus, das die Anpassungsfähigkeit der einzelnen volkswirtschaftlichen Strukturen an die Erfordernisse des gemeinsamen Marktes stellt, beruht die Zusammenarbeit im Rahmen der OEEC. und in den engeren Grenzen der Montanunion auf den gleichen Prinzipien. Als besonders wichtig sind dafür die innere Stabilität der Mitgliedstaaten und die Angleichung der wirtschafts- und währungspolitischen Systeme anzusehen. Für die innere Stabilität sind wirtschaftliche, aber auch politische und soziale Kriterien heranzuziehen. Ein Staat, der eine Wirtschaftskrise durchmacht, wird kaum mit Staaten zusammenarbeiten können, deren Wirtschaft sich in einem expansiven Stadium befindet. Ein Staat, der durch dauernde Streiks oder durch politische Umwäl-

zungen erschüttert wird, ist nicht in der Lage, eine gesunde Währung zu haben und im gewünschten Umfang den Austausch von Gütern und Dienstleistungen mit den Partnerstaaten zu pflegen. In wirtschafts- und währungspolitischer Hinsicht dringt die Erkenntnis immer mehr durch, daß eine staatskapitalistische Planwirtschaft, die etwa um der Vollbeschäftigung willen Rentabilitätsabwägungen zurückstellt und auf das Verhältnis der einheimischen zu den Weltmarktpreisen keine Rücksicht nimmt, mit marktwirtschaftlich orientierten Staaten kaum zusammenarbeiten kann, in deren Interesse der internationale Wettbewerb und die freie Konvertibilität der Währungen liegen.

Frankreich hat sich im Jahre 1952 von den europäischen Einigungsplänen distanziert, die es in den vorhergehenden Jahren zum größten Teil selbst unterbreitet hatte. Im Februar 1952 hat es seine Einfuhr drosseln und die Liberalisierung seines Außenhandels im Rahmen der OEEC rückgängig machen müssen. Großbritannien konnte vor kurzem seine Rückkehr zur Liberalisierung bekanntgeben. Frankreich hingegen beschränkte sich darauf, die Liberalisierungsquote auf 20 % zu erhöhen. Es ist zur Zeit nicht in der Lage, einer Einführung der freien Konvertibilität zuzustimmen. Deshalb erhebt sich die Frage, inwiefern und aus welchen Gründen die französische Wirtschafts- und Währungslage für die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa und für die politische Einigung der Montanunion-Staaten als ein Hindernis anzusehen ist.

Frankreichs gegenwärtige Wirtschaftslage

Bevor der Koreakonflikt ausbrach, hatte Frankreich eine relative Stabilisierung seiner Wirtschafts- und Währungslage erzielt. Der Bedarf an Produktions- und Konsumgütern war, wenn auch mit einer gewissen Bevorzugung der Produktionsgüter, bis zum Übergang zum Käufermarkt befriedigt worden. Der Staatshaushalt war annähernd ausgeglichen worden. In der allgemeinen Bilanz des französischen Währungsgebietes (laufende Zahlungen und Kapitalverkehr) hatte das Gesamtdefizit 1950 trotz der ersten Auswirkungen des Koreakonflikts nur 340 Mill. \$ betragen. Es war damit etwas geringer gewesen als das eigentliche Dollardefizit (375 Mill.). Innerhalb der EZU, hatte Frankreich einen Überschuß aufzuweisen.

Auf die französische Preisgestaltung hätte der Anstieg der Weltmarktpreise nur einen geringen Einfluß haben dürfen, da nicht mehr als 15 % des güterwirtschaftlichen Gesamtvolumens auf die Einfuhr entfielen. Vom Ausbruch des Koreakonflikts bis Februar 1951 hatte jedoch die Aufwärtsentwicklung der französischen Industriepreise 40 % erreicht, während sie nach den Berechnungen des Statistischen Amtes nur 13 % hätte betragen sollen. Erhöhte Nachfrage aus Furcht vor einem weiteren Preisanstieg und vor Versorgungsschwierigkeiten sowie spekulative Preisbildung trugen jedoch zur Förderung der Inflation nicht wesentlich bei als die Beschlüsse der Regierung, den Weizenpreis um 38 % und den Mindestlohn (nach dem die übrigen Lohnforderungen sich richten) um 15 % heraufzusetzen. Bis zum ersten Vierteljahr 1952 stiegen die Lebenshaltungskosten um 38 %, die Großhandelspreise um 45 % und die Stundenlöhne in der Industrie um 52 %.

Für 1951 hatte die allgemeine Bilanz der Franczone ein Gesamtdefizit von 826 Mill. \$ zu verzeichnen; das eigentliche Dollardefizit betrug 599 Mill. Im Staatshaushalt war ohne Berücksichtigung der amerikanischen Hilfe ein Fehlbetrag von nahezu $\frac{1}{3}$ der gesamten Staatsausgaben eingetreten. Die wichtigsten Maßnahmen der Regierung zur Stabilisierung der Währung waren finanztechnischer Art. Im Oktober/November 1951 erhöhte die Regierung den Diskontsatz von $2\frac{1}{2}$ auf 4 %; einer übermäßigen Erweiterung des Bankkreditvolumens trat sie mit der Einführung einschränkender Bestimmungen über den Umfang des Rediskonts bei der Staatsbank entgegen. Diese Maßnahmen, die durch die Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ihre Wirksamkeit ohnehin zum Teil einbüßten, waren unzureichend, um die Ursachen der Inflation zu beseitigen. Schon 1951 hatte die französische Wirtschaft infolge ihrer überhöhten Preise ihre außerhalb der Franczone gelegenen Auslandsmärkte zum größten Teil verloren.

Die Erkenntnis der Schwachmomente, die der französischen Wirtschaft seit Ausbruch des Koreakonflikts innegewohnt hatten, veranlaßte die Regierung Pinay vom April bis zum Dezember 1952, über eine vorläufige Stabilisierung von Preisen und Löhnen hinaus eine grundlegende Sanierung der Wirtschaftslage zu erstreben, die sie als die Voraussetzung zur Festigung der Währung ansah. Pinays Finanzpolitik hielt sich durchaus in einem klassischen Rahmen. Ihre Zielsetzungen waren der Ausgleich des Staatshaushalts und die Beseitigung des Außenhandelsdefizits durch Drosselung der Einfuhr und Förderung der Ausfuhr. Der Wiedererrichtung eines funktionsfähigen Kapitalmarktes, der zur Deckung des Investitionsbedarfs an Stelle der öffentlichen Hand treten sollte, kam insbesondere eine Erweiterung des an die Privatwirtschaft bewilligten Kreditvolumens um 25 % über den Stand des Vorjahres zugute. Sie wurde der Produktionsgüterindustrie vorbehalten und diente als Ausgleich für die Kürzung der bislang vom Staat vorgenommenen Investitionen. Bedeutungsvoller war Pinays Wirtschaftspolitik, weil sie seit 1936 den ersten konsequenten Versuch darstellte, die Voraussetzungen zur Einführung der freien Marktwirtschaft zu schaffen, in der der Wettbewerb weder durch einseitige staatliche Lenkungsmaßnahmen noch durch privatkapitalistische Monopole und Kartellabreden unterbunden wird. Pinays Politik konnte jedoch im Parlament, wo die parastaatlichen Organisationsformen der Privatwirtschaft nicht weniger wirksam vertreten sind als die Exponenten des Staatskapitalismus, keine zuverlässige Mehrheit finden und wurde vorzeitig abgebrochen.

Nach Pinays Sturz verschlechterten sich die Währungsverhältnisse in den letzten Tagen des Jahres 1952 und im ersten Vierteljahr 1953 zusehends. In der Verwaltung der öffentlichen Gelder waren alle Dämme gerissen; schon am 31. Dezember mußte das Defizit des Staatshaushalts mit 603,4 Mrd. frs. beziffert werden. Die Staatskasse war unter Ministerpräsident René Mayer darauf angewiesen, sich vom Noteninstitut Anleihen bewilligen zu lassen. Von der Entwicklung, die der Bildung der Regierung Pinay vorangegangen war,

unterschied sich jedoch die im ersten Halbjahr 1953 eingetretene Lage in einem wesentlichen Punkt. Die französische Wirtschaft legte eine bemerkenswerte Krisenfestigkeit an den Tag. Die Preise schnellten nicht wieder in die Höhe. Erst während des zweiten Vierteljahrs waren Anzeichen einer bevorstehenden Depression zu vermerken. Zu diesen Anzeichen gehörten die Unmöglichkeit, den Rückgang des Außenhandelsvolumens aufzuhalten, sowie die übermäßige Inanspruchnahme der bei den Banken und Sparkassen verfügbaren liquiden Mittel durch den Staat. Die Gefahr wurde durch die rückläufige Entwicklung der industriellen Erzeugung veranschaulicht. Im März 1953 waren die industrielle Konsumgütererzeugung gegen Januar 1952 um 15 % und die Produktionsgüterherstellung um 4 % zurückgegangen. Das Absinken des Energieverbrauchs führte zu einer bedenklichen Erhöhung der Kohlenbestände auf den Halden und zu einer Herabsetzung der Stromerzeugung. Der Binnenhandel ließ fühlbar nach.

Obleich die Regierung Laniel gewisse Reformen durchführte, sah sie sich als Übergangsregierung in Erwartung der für Dezember 1953 vorgesehenen Wahl eines neuen Staatsoberhauptes auf die Wahrnehmung der laufenden Angelegenheiten beschränkt. Sie legte aus innenpolitischen Gründen ein Bekenntnis zu Pinays Thesen ab; sie traf aber nicht die Entscheidungen, die es der französischen Volkswirtschaft ermöglicht hätten, sich aus der doppelten Abhängigkeit zu befreien, die staatskapitalistische und parastaatliche privatkapitalistische Organisationsformen in einem Wettbewerb um die Macht schufen, der an die Stelle des marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerbs getreten ist. Dank der Krisenfestigkeit, die sie bereits in den vorhergehenden Monaten an den Tag gelegt hatte, und dank der für Mittel- und Westeuropa günstigen Konjunktur, die z. B. die Bundesrepublik seit Beginn dieses Jahres vermerkt hatte, vermochte die französische Wirtschaft in einer derartigen Konsolidierung an sich unbefriedigender Verhältnisse den Ansatzpunkt zur Überwindung der drohenden Depressionsgefahr zu finden.

Wenn man das Durchschnittsvolumen der Jahre 1934—1938 mit 100 bezeichnet, dürfte die landwirtschaftliche Erzeugung 1953 auf 110 gestiegen sein von 103 im Vorjahr. Da sie jedoch in den dreißiger Jahren, verglichen mit der Jahrhundertwende, noch keinen nennenswerten Fortschritt erzielt hatte, scheint der jetzige Erfolg, der vor allem auf die Gunst der Umstände zurückzuführen ist, keine Gewähr dafür zu bieten, daß der praktisch seit fünfzig Jahren eingetretene Stillstand nun überwunden wäre. Eine Senkung der Lebensmitteleinfuhr und eine Belebung der Ausfuhr in gewissen Sparten ist jedoch zu erwarten. Beachtet man, daß Frankreichs Lebensmitteleinfuhr in den letzten Jahren bei einer Erhöhung der Bevölkerungszahl um 1,7 % und unter Berücksichtigung der Preisentwicklung etwa 230 % von der durchschnittlichen Einfuhr der letzten Vorkriegsjahre beträgt, so kann die positive Auswirkung der Ernte auf die Außenhandelsbilanz ermessen werden. Auf dem Binnenmarkt allerdings ist mit einer beträchtlichen Sen-

kung der Lebensmittelpreise im Einzelhandel kaum zu rechnen. Von Mai bis September 1953 gingen die Preise zwar um 6,1 % zurück. Diese Bewegung war aber zum Teil durch die Jahreszeit, zum Teil durch Regierungsmaßnahmen bedingt, die der Einführung von Höchstpreisen gleichkamen. Die Bemühungen der Regierung richten sich weiterhin auf eine Verringerung der Spanne zwischen Erzeuger und Konsument. Als Haupthindernis ist die Kompliziertheit eines nicht marktwirtschaftlich arbeitenden Verteilungsapparats anzusehen. Außerdem neigen die Erzeugerpreise zur Hausse. Seit 1936 hat die Regierung ununterbrochen eine Preisstützungspolitik getrieben, mit der sie zugleich der Landwirtschaft jene vom Staatskapitalismus immer wieder versprochene Sicherheit geben und die sozialen Auswirkungen des Anstiegs der Lebenshaltungskosten abschwächen wollte. Diese Politik hat zwei nachteilige Folgen gehabt: einmal eine unzulängliche Steigerung der landwirtschaftlichen Leistungen, die das Volkseinkommen einschränkt und die Außenhandelsbilanz belastet; zum anderen eine unzureichende Anpassung der Produktion an den Bedarf, die dem Staat Überschüsse (Wein, Zucker) aufbürdet und seine Preisstützungspolitik in eine Subventionspolitik verwandelt. Im Sommer und Herbst 1953 haben die landwirtschaftlichen Organisationen eine Erhöhung ihrer Verkaufspreise gefordert.

Die industrielle Erzeugung, die (ohne Bauindustrie) im April 1953 auf 143 (1938 = 100) gesunken war, hatte bereits im Juni denselben Stand (147) erreicht wie im Vorjahr. Der Rückgang hatte während eines ganzen Jahres von Mai 1952 bis Mai 1953 angehalten. Die weitere Entwicklung erwies sich im Herbst sehr unterschiedlich. Die Konsumgüterindustrie zog einigen Nutzen aus den Lohnerhöhungen, die nach den Streiks vom August bewilligt wurden, und aus der leichten Senkung der Lebensmittelpreise. Die Produktionsgüterindustrie wurde insbesondere durch die steuerlichen Begünstigungen gefördert, die für Investitionskäufe eine Senkung der Besteuerung von 15,35 % auf 8 % vom Kaufpreis vorsehen. Ähnlich wirkt sich die Bestimmung aus, wonach ab 1. September 1953 jedes Unternehmen, das mehr als 10 Arbeitskräfte beschäftigt, verpflichtet ist, dem Wohnungsbau einen Betrag in Höhe von 1 % vom Bruttolohn zuzuführen.

Im Herbst 1953 war eine Aufwärtsentwicklung insbesondere in den Sparten Textil, Chemie, Papier, Glas, Kraftfahrzeuge, Gummi und Wohnungsbau zu verzeichnen. In gewissen Sparten des Maschinenbaus und vor allem in der Stahlindustrie war aber ein Rückgang eingetreten. Die französische Stahlindustrie (einschließlich der Saar, die statistisch miterfaßt wird) verzeichnete von September 1952 bis September 1953 einen Produktionsrückgang um 15 %. Sie nutzt ihre Kapazität nur noch bis zu 60—70 % aus. Damit hängt die Umgruppierung zusammen, die schon dazu geführt hat, daß 60 % der französisch-saarländischen Stahlerzeugung auf vier Firmen (Usinor, Sidelor, de Wendel, Lorraine-Escaut) entfallen, von denen jede eine Kapazität von 1,5 Mill. t Rohstahl besitzt. Diese Konzentration wird sich anscheinend noch fortsetzen. Ferner sind die Bemühungen zu beachten, die mit der Errich-

tung des neuen Carling-Komplexes (160 Verkokungsöfen) der lothringischen Stahlindustrie täglich 1 800 t Koks aus einheimischer Produktion zur Verfügung stellen und eine entsprechende Senkung der Bezüge aus dem Ruhrgebiet ermöglichen.

Am 1. Oktober 1953 wurde an 51 870 Arbeitslose Unterstützung gezahlt (71 030 am 1. Mai). Am 1. Juli 1953 betrug der Durchschnitt der Wochenarbeitsstunden 45 wie am 1. Oktober 1952. Die Verringerung der partiellen Arbeitslosigkeit dürfte im wesentlichen auf die günstige Entwicklung im Maschinenbau und in der Textilindustrie zurückgehen. Die Zahl der Arbeitslosen stellte sich auf nicht mehr als 2 % der Beschäftigten.

Entwicklung der Preise und Lebenshaltungskosten

(1949 = 100)

Position	September 1952	September 1953
Großhandelspreise		
Lebensmittel	132,6	121,4
Brennstoffe	140,2	139,2
Energie		
Industrieerzeugung	152,2	150,2
Rohstoffe	167,3	166,4
Lebenshaltungskosten		
Lebensmittel	141,7	132,3
Heizung und Licht	171,5	171,7
Fertigwaren (ohne Lebensmittel)	129,2	126,1
Dienstleistungen	177,0	196,0

In der Außenhandelsbilanz neigt das Verhältnis zum Sterlinggebiet zur Verschlechterung. Die günstigere Entwicklung mit dem Dollargebiet ist auf eine Senkung der Einfuhren zurückzuführen. Am 1. Oktober 1953 belief sich das Defizit der Französischen Union (Frankreich und Übersee) bei der EZU. auf 875 Mill. \$ (Rechnungseinheiten). Neue Exportförderungsmaßnahmen wurden von der Regierung am 25. September und am 10. Oktober 1953 getroffen. Sie beziehen sich insbesondere auf den Export nach den Ostblockstaaten und nach Argentinien.

Stabilität und Stagnation

Die obige Darlegung der gegenwärtigen französischen Wirtschaftslage müßte ergänzt werden einmal durch eine eingehende Untersuchung der französischen Währungslage unter besonderer Berücksichtigung der Finanzpolitik des Staates, zum anderen durch eine Strukturanalyse des französischen Außenhandels, die unter anderem die Bedeutung zeigen müßte, die den Außenhandelsbeziehungen zwischen Frankreich und seinen überseeischen Besitzungen zukommt. So fragmentarisch die Ergebnisse vorstehender Darlegung im Verhältnis zum Gesamtproblem bleiben müssen, lassen sie aber hinsichtlich der Auswirkungen der französischen Wirtschafts- und Währungslage auf die europäische Einigung bereits mehrere Schlußfolgerungen zu: Eine günstige Weltkonjunktur vorausgesetzt, ist die französische Volkswirtschaft unter Ausnutzung der Vorteile, die sie ihren überseeischen Besitzungen, ihrem Reichtum an Rohstoffen und der Fruchtbarkeit des französischen Bodens zu verdanken hat, in der Lage, in einem Zustand des status quo zu verharren, dessen Gefahren der französischen Wirtschaft — und der Regierung — erst dann sichtbar werden, wenn sie Frankreichs Potential und Leistungen mit denen anderer Länder vergleichen. Dieses Verharren ist an den Produktionsziffern für Industrie und Landwirtschaft zu

ersehen. Es leistet aber einer Politik der Bequemlichkeit Vorschub, die, wenn von Frankreichs Belangen abgesehen wird, auch im Widerspruch zu den Interessen seiner europäischen Partnerstaaten steht. Die Bundesrepublik zum Beispiel ist gezwungen, im Außenhandel einen Ausgleich zu finden für den ausgefallenen Austausch von Gütern und Dienstleistungen mit den jenseits des Eisernen Vorhangs gelegenen Gebieten des ehemaligen Deutschen Reichs. Als rohstoffarmes, auf die industrielle Verarbeitung spezialisiertes Land hängt ihr Sozialprodukt fast zur Hälfte von ihrem Umsatz an industriellen Fertigerzeugnissen ab. Sie muß ein Drittel ihres Lebensmittelbedarfs durch Einfuhren decken. Diese Lage hat zur Folge, daß die Bundesrepublik im Rahmen der OEEC. größtes Interesse an der Erweiterung der Liberalisierung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und an der Einführung der freien Konvertibilität haben muß. Auf der Ebene der Montanunion erblickt sie in der Integration ihres Wirtschaftsgebiets in eine größere Wirtschaftseinheit eine Sicherung gegen eine übermäßige, strukturbedingte Konjunkturrempfindlichkeit. Frankreich hingegen kann sich weitgehend vom Weltmarkt abkapseln und sich in einer künstlichen Stabilität wiegen, die es wenig geneigt macht, sich dem internationalen Wettbewerb anzupassen.

Diese Stabilität erweist sich als eine gefährliche Täuschung für Frankreich selbst, wenn ihr Frankreichs wachsender Verlust an wirtschaftlicher und politischer Macht entgegengehalten wird. Aber auch dann, wenn die Lage der französischen Volkswirtschaft für sich betrachtet wird, ist leicht zu ersehen, daß das gegenwärtige System äußerst prekär ist. Eine Betrachtung der Staatsausgaben — wobei die für Indochina aufgewendeten Summen unberücksichtigt bleiben können, da sie den Kern des Problems nicht berühren — zeigt zwei besondere Belastungsmomente: erstens einen übermäßig hohen Beamtenetat; zweitens die Aufwendung sehr bedeutender Beträge als Subventionen für den verstaatlichten Sektor (Staatsbahn, Kohleförderung, Gas- und Stromerzeugung, Sozialversicherung, usw.), für die Sektoren der Privatwirtschaft (insbesondere in der Landwirtschaft), die seit 1936 praktisch in ein staatskapitalistisches System eingebaut wurden, und für die Exportförderung. Die Exportförderungsmaßnahmen werden sich auch als Fehlbeträge beim Steueraufkommen einstellen müssen. Schon im Jahre 1952 hatten die Staatsausgaben den außerordentlich hohen Stand von 16 % des Bruttosozialprodukts erreicht. Nach den Berechnungen der OEEC. belief sich im selben Jahr die Gesamtsteuerlast ohne Einbeziehung der mit der Sozialversicherung und mit den Zuschlägen an kinderreiche Familien zusammenhängenden Belastungen auf etwa 38 % des Nettosozialprodukts. Man würde jedoch fehlgehen, wenn man das Stagnieren der französischen Produktion und die Entwertung der französischen Währung ausschließlich auf eine verschwenderische Finanzpolitik des Staates zurückführen wollte. Die Voraussetzungen zur Sanierung der französischen Lage wären noch nicht gegeben, wenn die angekündigten Reformen der Verwaltung und des Steuersystems durchgeführt würden, wenn

durch eine Abwertung oder einen Währungsschnitt eine geeignete Ausgangsposition für eine neue Finanzpolitik geschaffen würde und wenn der Notenbank durch Gesetz ihre 1936 aufgehobene Unabhängigkeit gegenüber dem Staat zurückgegeben würde — wenn also der Staat fortan gezwungen wäre, seine Ausgaben mit seinen Einnahmen und dem ihm freiwillig eingeräumten Kredit auszugleichen. Der Erfolg hinge auch dann von der Möglichkeit ab, gleichzeitig entsprechende wirtschaftspolitische Reformen durchzuführen.

Im wirtschaftspolitischen Bereich müßte der Staat allerdings damit beginnen, daß er sich selbst einer Reform unterziehen würde. In dem ganzen Umfang, den die Berücksichtigung sozialpolitischer Belange sowie der militärischen Sicherheit zulassen, fiele ihm die Aufgabe zu, die französische Volkswirtschaft von den staatskapitalistischen Reservaten zu befreien, die einer wirksamen Entfaltung des Wettbewerbs im Wege stehen und das Volksvermögen zugunsten der subventionierten Wirtschaftszweige oder Betriebe in Industrie und Landwirtschaft belasten.

Es wird häufig verkannt, daß wirtschaftspolitische Reformen die überhöhten Preise der Privatwirtschaft und die noch höheren Preise des verstaatlichten Sektors sowie die Beseitigung des Außenhandelsdefizits nur sekundär zum Gegenstand haben können. Sie müssen sich unmittelbar auf die Steigerung und Verbilligung der Erzeugung sowie auf die Verringerung der durch die Verteilung bedingten Verteuerung der Güter richten. Eine Sanierung der französischen Wirtschafts- und Währungslage, von der die innere Stabilität Frankreichs und die Möglichkeiten einer europäischen Zusammenarbeit abhängen, muß die Voraussetzungen dafür schaffen, daß das französische Volk nicht mehr (wie es seit 1931 der Fall ist) über seine Verhältnisse lebt und daß sein Lebensstandard trotz der Verteidigungsausgaben nicht unter den gegenwärtigen, für die niedrigeren Einkommensschichten ohnehin schon unbefriedigenden Stand gesenkt wird.

Mit diesen Forderungen ist der Rahmen für die Reformen abgesteckt, deren Durchführung das dringendste Ziel französischer Wirtschaftspolitik sein sollte. Erst wenn im währungstechnischen und finanzpolitischen Bereich die Stabilität zurückgekehrt und im wirtschaftspolitischen Sektor die Fesseln beseitigt worden sind, die sowohl der Staatskapitalismus als auch die parastaatlichen Organisationsformen des Privatkapitalismus dem freien Wettbewerb auferlegt haben, ist eine Überwindung der gegenwärtigen prekären Lage möglich, die in Wirklichkeit eine krisenhafte Entwicklung verdeckt. In einem gewissen Sinne tragen aber all diese Forderungen einen vorwiegend negativen Charakter, da sie danach trachten, die Folgen der seit 1936 durchgeführten Politik zu beheben. Zu einer positiven Weiterentwicklung ist eine selektive Investitionstätigkeit durch eine Gesamtplanung erforderlich, die europäischen Belangen Rechnung trägt. Werden aber umfangreiche Investitionen vorgenommen, solange das gesetzgeberische Werk der Sanierung nicht vollzogen ist, so müssen sie ihr Ziel verfehlen und sich inflationistisch auswirken.

Die französische Währungs- und Wirtschaftskrise hindert die europäischen Staaten daran, ihre eigene Wirtschaftsplanung mit der erforderlichen Konsequenz durchzuführen. Es ist die Aufgabe dieser Staaten, ihrer Planung die Maßstäbe zugrunde zu legen, die aus der Bestimmung der gesamteuropäischen Zielsetzungen im Verhältnis zum Ausland und aus der Spezialisierung der einzelnen Staaten im Verhältnis zueinander zu gewinnen sind. Frankreich wirkt sich dabei als ein störender Faktor aus, weil es erstens die Zweckmäßigkeit dieser Planung in Frage stellt, und weil zweitens ihre Verwirklichung daran scheitert, daß Frankreich nicht die Möglichkeit bietet, die erforderlichen Maßnahmen auf der notwendigen Grundlage der Gleichzeitigkeit zu treffen. Die Koordinierung der Ziele läßt sich am besten im Rahmen einer allgemeinen Expansion bewerkstelligen; sie ist im Falle einer allgemeinen Depression zur Regulierung des Marktes und zur Überwindung der Krise durch gemeinsame Anstrengungen denkbar; sie bleibt aber utopisch, solange unter den Teilnehmerstaaten die einen sich in einem Zustand der Expansion und andere mitten in einer Krise befinden,

Die Unfähigkeit Frankreichs, innerhalb des europäischen Wirtschafts- und Währungsraums seine Funktionen zu erfüllen, macht es zu einem Faktor europäischer Desintegration. Der Widerstand der Linken gegen das gesetzgeberische Sanierungswerk wird darüber hinaus durch die Bereitschaft der Sowjetunion gefördert, zwischen den Ostblockstaaten und Frankreich den Abschluß umfangreicher Kompensationsgeschäfte und sogar förmlicher Handelsabkommen zu veranlassen. Der Sowjetunion — die auf die überhöhten französischen Preise nicht so viel Rücksicht zu nehmen braucht wie die marktwirtschaftlich organisierten Staaten — geht es dabei nur in geringerem Maße um die Beschaffung von Gütern, deren Ausfuhr nach den Ostblockstaaten die USA. verboten hatten, dafür aber in weit höherem Maße um die künstliche Aufrechterhaltung des bisherigen französischen Wirtschaftssystems selbst. Die Sowjetunion handelt in der Erkenntnis, daß die Belastungsmomente, denen die französische Volkswirtschaft ausgesetzt ist, die Krise verewigen und die sozialen Spannungen immer mehr erhöhen müssen; sie müssen — notfalls unter dem Druck von Streikbewegungen — die gemäßigten Parteien zum Rücktritt zwingen und der Bildung einer Volksfront die Wege ebnen, der die Sowjetunion in Außenhandelsfragen solange Entgegenkommen zeigen wird, bis die Kommunistische Partei Frankreichs sich der Schlüsselpositionen bemächtigt hat, die ihr die erfolgreiche Durchführung eines Putsches erlauben. Die gemäßigten Regierungen wiederum greifen nach den sowjetischen Angeboten, weil das Regime ihnen keine Möglichkeit gibt, die zur Überwindung der Krise unerläßlichen Maßnahmen durchzusetzen. Sie fristen damit ihr zur Wirkungslosigkeit verurteiltes, einer zunehmenden Verschlechterung der französischen Verhältnisse Vorschub leistendes Dasein und erteilen der europäischen Zusammenarbeit, deren Voraussetzungen sie nicht schaffen können, resigniert eine Absage.